

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 76 (2005)
Heft: 1

Artikel: Wie andere Länder mit dem Problem der steigenden Invaliditätsrate umgehen : "Unser Sozialversicherungssystem ist schlecht koordiniert"
Autor: Rizzi, Elisabeth / Gross, Jost
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-805144>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wie andere Länder mit dem Problem der steigenden Invaliditätsrate umgehen

«Unser Sozialversicherungssystem ist schlecht koordiniert»

■ Elisabeth Rizzi

Fast überall in Europa steigt die Quote der IV-Rentenbezüger. Trotzdem gelingt es einigen Ländern besser als der Schweiz, die wachsenden Kosten und steigenden Rentnerzahlen zu handhaben. Nationalrat Jost Gross (SP Thurgau) sieht verschiedene Gründe dafür.

■ Die fünfte IVG-Revision hat zum Ziel, die Zahl der Neuberentungen um zehn Prozent zu senken. Verteilt die Schweiz im Vergleich zum europäischen Ausland zu viele Renten?

Jost Gross: Viele europäische Länder haben eine höhere Rentenquote als die Schweiz. Das Ziel der 5. IVG-Revision, die Zahl der Neurentner um 10 Prozent zu senken, halte ich allerdings für fragwürdig. Die steigende Zahl der Renten ist einerseits Ausdruck der demographischen Entwicklung. Andererseits passiert hier dasselbe wie bei der Entwicklung der Gesundheitskosten. Dort spricht aber niemand davon, die Kosten zu senken. Sondern es geht darum, die Entwicklung in Relation zum Bruttosozialprodukt zu stabilisieren. Das sollte auch das Ziel der IV-Ausgaben sein: Also nicht Kosten senken, sondern das Wachstum tendenziell zu verlangsamen und im Trend stabilisierend zu wirken.

■ In allen OECD-Ländern lässt sich eine Zunahme der IV-Rentner beobachten. Ebenso nimmt die Zahl der Renten aufgrund von psychischen Erkrankungen zu. In der Schweiz ist die Zunahme

der Rentner in den letzten zehn Jahren jedoch schneller erfolgt als in den übrigen Ländern. Zudem sind die Neurentner im Vergleich tendenziell jünger. Warum?

Gross: In der Schweiz kann ein gewisser Nachholbedarf festgestellt werden. Wegen der tieferen Arbeitslosenquoten und dem allgemein höheren Wohlstandsniveau beanspruchten in der Vergangenheit weniger Personen IV-Leistungen als in den übrigen Ländern. Zudem wurde Invalidität in der Schweiz bislang als erwerbsbezogene Beeinträchtigung definiert. Dies führte zum Teil zu stossenden Ungerechtigkeiten. Beispielsweise wurde einer älteren krebserkrankten Frau kein Kunsthaar bezahlt, da dies keine erwerbsbezogene Notwendigkeit sei.

■ Heute hat die Schweizer Invalidenversicherung ein Defizit im Kapitalkonto von 4,5 Milliarden Franken. Die Schweiz hatte neben Portugal das höchste Ausgabenwachstum in den letzten zehn Jahren. Hängt das auch mit dem Nachholbedarf zusammen?

Gross: Neben dem Nachholbedarf gibt es einen weiteren gewichtigen Grund. In der Schweiz herrscht ein relativ eingeschränkter Kündigungsschutz für Arbeitnehmer. Kündigungen finden deshalb nicht selten zu Lasten der Sozialversicherungen statt. Ich denke dabei vor allem an Frühpensionierungen



Jost Gross: «Wir müssen die Finanzierungsgrundlagen der Sozialversicherung verbreitern.»

gen aus Gesundheitsgründen. Es ist falsch, nur vom angeblichen Missbrauch durch Arbeitnehmende zu sprechen. Die Ausnutzung des IV-Systems findet meines Erachtens mindestens ebenso stark durch die Arbeitgeberseite statt.

■ Während in der Schweiz die Ausgaben stetig zunehmen, haben zwischen 1990 und 2000 die Sozialkosten in den Niederlanden (um 15,7 Prozent), in Norwegen (um 4,6 Prozent) und in Schweden (um 2,4 Prozent) abgenommen. Warum haben wir das Kostenwachstum nicht im Griff?

Gross: Andere Länder waren viel früher als die Schweiz mit dem Gespenst des Finanzbankrottes konfrontiert, die Niederlande beispielsweise. Dort war der Spardruck schon viel früher weit grösser. Daneben muss aber auch betont werden: Unser Sozialversicherungssystem ist schlecht koordiniert: Jede Versicherung ist sich selbst am nächsten. Es gibt keine wirksamen Anreize für die Sozialversicherungsträger, Invalidität zu verhindern. Darum werden die Betroffenen von einer Verantwortlichkeit an die nächste weitergeschleust: Vom Arbeitgeber zur Taggeldversicherung, und erst wenn

sie so lange ausserhalb des Erwerbslebens stehen, dass sie ohnehin nicht mehr eingliederungsfähig sind, kommt die IV zum Zug.

■ *Sollten wir also komplett unser System überdenken?*

Gross: Die Finanzierung sicher. Beim deutschen System trägt der Arbeitnehmer mit seinen Lohnprozente die Hauptlast. Auf diese Weise schlagen sich die Ausgaben für die Sozialwerke direkt in der Volkswirtschaft als Produktionskosten nieder. Dadurch wächst der Reiz zum Sparen. Allerdings finde ich dieses System nicht ideal. Ich glaube, besser wäre es für die Schweiz, wir würden auf eine Art Bürgerversicherung zurückgreifen, die zur Finanzierung nicht nur das Arbeitseinkommen belastet, sondern auch sämtliche nicht durch Arbeit erwirtschafteten Einkünfte wie Kapitalgewinne und anderes.

■ *Die Schweiz plant eine Verbesserung der Eingliederung und Früherkennung von IV-Rentnern. Wenn Sie mit den übrigen Ländern in Europa vergleichen: Welches Land hat diesbezüglich die beste Lösung?*

Gross: Insgesamt kann man sagen, dass der gesellschaftliche Umgang mit Behinderung in Ländern besser ist, die Kriegserfahrung haben und in denen viele Kriegsversehrte leben. Dies ist sogar in den USA der Fall, obwohl die Vereinigten Staaten ansonsten nicht für ihr Sozialsystem gerühmt werden. Auch in Deutschland sind Integrationsmassnahmen deutlich fortgeschrittener, währenddessen in der Schweiz Rollstuhlfahrer beispielsweise noch vor wenigen Jahren im Güterwagen der Bahn transportiert wurden.

■ *Was halten Sie vom Integrationspaket der 5. IVG-Revision?*

Gross: Die Massnahmen zeigen eine gute und unterstützungswürdige Zielsetzung. Bisher hat man sich zu spät um Wiedereingliederung gekümmert. Ich verspreche mir mittelfristig eine wesentliche Verbesserung durch den Einbezug und die frühe finanzielle Unterstützung der Arbeitgeber. Allerdings könnte es sich als illusorisch erweisen zu glauben, die Massnahmen wirkten auch bei Behinderten, die schon ausserhalb des Arbeitsmarktes stehen, also bei ausgesteuerten Arbeitslosen und Sozialhilfebezügern. Tatsache bleibt

nämlich, dass der sekundäre Arbeitsmarkt weitgehend verschwunden ist.

■ *Was meinen Sie damit?*

Gross: Es existiert kein Anreiz dafür, Teilzeitarbeit für Handicapierete auszubauen oder Stellenprozente für Behinderte zur Verfügung zu stellen. Diese Nischenarbeitsplätze nehmen in der Industrie weiter ab. Aber meines Erachtens sollte der Staat Anreize schaffen, damit adäquate Stellen im Dienstleistungsbereich geschaffen werden. Ich meine damit zum Beispiel eine bessere Honorierung von Angehörigenarbeit. Auch ein Teilbehinderter kann schliesslich sinnvolle Aufgaben in der Pflege oder bei der Betagtenbetreuung übernehmen.

■ *Fakt bleibt trotz allem: Auch mit diesen Massnahmen wird höchstens ein weiteres Kostenwachstum gebremst. Aber wie kann das Defizit verringert werden?*

Gross: Solange die Volkswirtschaft normal gewachsen ist, konnte man die Kosten der sozialen Sicherheit gut durch das Zusatzwachstum abdecken. Beispielsweise konnten mit wenigen zusätzlichen Lohnprozente massive

«Man kann nicht einfach an die Bürger appellieren: Helft einander mehr!»

Fotos: eri/roh



Mehrkosten der AHV ausgeglichen werden. Dies war möglich, weil das Lohnwachstum höher war. Es war möglich bis zur Stagnation des Wirtschaftswachstums Ende der Neunzigerjahre. Nun könnte man das Wachstum auch beleben, indem man einen sekundären Arbeitsmarkt für Teilbehinderte fördert. Ebenso kann die Finanzsituation entschärft werden, indem man wie oben erwähnt auch nicht arbeitsbedingte Einkommen in die Finanzierung der Sozialwerke einbezieht.

■ *Zahlen wir vielleicht einfach zu wenig für unser Sozialsystem? Ein Beispiel: In Deutschland bezahlt ein Angestellter mit 70 000 Euro Bruttoverdienst 25 000 Euro für Steuern und Solidaritätszuschläge, Renten-, Arbeitslosen-, Pflege- und Krankenversicherung. Und der Arbeitgeber zahlt nochmals 10 000 Euro Beiträge an die Sozialversicherungen. Oder anders: In Deutschland geht jeder dritte erwirtschaftete Euro in die Sozialwerke.* Gross: Je mehr Risiken über das Sozialversicherungsnetz aufgefangen werden, desto stärker werden die Sozialkosten auf die Allgemeinheit verteilt. Und ebenfalls ist nicht zu leugnen, dass eine Korrelation besteht zwischen dem Ausbau von sozialen Leistungen und dem gleichzeitigen Abbau von Selbstregulatoren wie Angehörigenhilfe oder Freiwilligenarbeit. Unsere Gesellschaftsentwicklung för-

dert beide Punkte; also Delegation von Sozialleistungen an die Versicherung und Abbau der Selbsthilfe. Deshalb kann man nicht einfach an die Bürger appellieren: Helft einander mehr!

■ *Das heisst?*

Gross: Wir müssen die Finanzierungsgrundlagen der Sozialversicherung verbreitern. Angesichts der herrschenden gesellschaftlichen Situation ist es mehr als dumm, dass immer mehr Kantone die Erbschaftssteuern abschaffen und so wesentliche Finanzmittel der Allgemeinheit verloren gehen. Die SP spricht sich deshalb dafür aus, dass der Bund wieder eine Erbschaftsteuer einführen soll. Denn es ist klar, dass die Kantone eine solche nicht halten können wegen des Steuerwettbewerbs. Eine nationale Erbschaftsteuer könnte Kosten der Altersentwicklung auffangen.

■ *Ausgerechnet die Sozialdemokraten in Deutschland wollen die Sozialwerke reformieren, weil sie nicht mehr volkswirtschaftlich tragbar sind. Ganze 48 Milliarden Euro kostet Invalidität das Land. Also kann es so auch nicht weitergehen, oder doch?*

Gross: Die CDU will in Deutschland analog der Schweiz ein Kopfprämien-system in der Krankenversicherung einführen, mit einem riesigen Umverteilungsapparat zur Prämienverbilli-

gung. Aber damit würden die Fehler der Schweiz wiederholt. Die einkommensabhängige Bürgerversicherung der SPD ist die sozialere Alternative. Es ist die Aufgabe sozialdemokratischer Regierungen, dass sie auf solche Fragen der Zukunft der sozialen Sicherheit sozialere Lösungen anbieten müssen. Linke müssen die gleichen Probleme lösen wie Bürgerliche – aber sozialer und intelligenter.

■ *Wieso können verschiedene skandinavische Staaten erfolgreich ausgedehnte Sozialleistungen verkraften, während die Schweizer, die Deutschen und andere Staaten fast unter deren Last einbrechen?*

Gross: Ich meine, entscheidend ist, dass die skandinavischen Länder ein viel höheres Wirtschaftswachstum haben als die Schweiz oder auch Deutschland. Während bei uns eine starke Tendenz herrscht, Investitionsaktivitäten des Staates abzuwürgen, werden sie dort gefördert. Paradoxerweise – und damit schliesse ich an die obige Aussage an – floriert die Wirtschaft ausgerechnet in den Ländern mit sozialdemokratischer Tradition. Obwohl man von den Sozialdemokraten behauptet, sie würden die Wirtschaft kaputt machen ... ■

Dr. iur. Jost Gross ist Mitglied der nationalrätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) und der Staatspolitischen Kommission (SPK)